

Politischer Umbruch in Venezuela: der Wahlsieg von Hugo Chavez und seine Folgen

Bodemer, Klaus Friedrich; Nolte, Detlef

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bodemer, K. F., & Nolte, D. (1999). *Politischer Umbruch in Venezuela: der Wahlsieg von Hugo Chavez und seine Folgen*. (Brennpunkt Lateinamerika, 1). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443413>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 1

18. Januar 1999

Politischer Umbruch in Venezuela Der Wahlsieg von Hugo Chávez und seine Folgen

Klaus Bodemer / Detlef Nolte

*Wohin steuert Venezuela? Bei den Parlamentswahlen im November 1998 hatten die beiden Traditionsparteien, die Sozialdemokratische und die Christdemokratische Partei, schwere Einbußen erlitten. Einen Monat später gewann der ehemalige Offizier und Putschist **Hugo Chávez** die Präsidentschaftswahlen. Tritt das Land in eine Phase politischer Instabilität und unverantwortlicher Wirtschaftspolitik? Ist die Demokratie in Gefahr? Wo liegen die Ursachen für den politischen Umbruch? Wer sind die neuen politischen Führer und Organisationen? Welche politischen Konflikte zeichnen sich ab? Welches sind die möglichen Szenarien für die kommenden Monate? In einem worst case-Szenario ist ein kalter Staatsstreich (nach peruanischem Vorbild) nicht auszuschließen. Möglich sind auch eine moderate Reformpolitik, die auf Absprachen mit der Opposition gründet, oder ein frühes Scheitern des neuen Präsidenten mit destabilisierenden Auswirkungen auf das politische System.*

Bei den venezolanischen Präsidentschaftswahlen vom 6. Dezember 1998 haben die Wähler mit 56% der Stimmen einen Kandidaten gewählt, der im Februar 1992 versucht hatte, den damaligen Präsidenten **Carlos Andrés Pérez** mit Waffengewalt und unter Blutvergießen zu stürzen. Die Wahlbeteiligung lag mit 64% knapp über der bei den letzten Wahlen von 1993 (60%). Gegen **Hugo Chávez**, mit 44 Jahren der jüngste venezolanische Präsident seit 40 Jahren, hatten sich in der Endphase des Wahlkampfes beide Traditionsparteien – die sozialdemokratische *Acción Democrática* (AD) und die christdemokratische COPEI – gestellt. Sie hatten die

venezolanische Politik von 1958 bis Mitte der 90er Jahre dominiert. Im Vorfeld der Wahlen waren Befürchtungen geäußert worden, das Militär könnte zur Verhinderung eines Wahlsieges von Chávez putschen; denn dieser galt als unberechenbar, demokratiefeindlich und linkslastig, mit offenen Sympathien für das kubanische System. Vor diesem Hintergrund überraschen die Deutlichkeit des Wahlsieges, die große Ruhe, die den Wahltag kennzeichnete, der relativ reibungslose Übergang zur Tagespolitik nach den Wahlen und die besonnenen Reaktionen aus der Wirtschaft und dem Ausland.

Chávez: "ein pragmatischer Autokrat"?

In Lateinamerika wurde der Wahlsieg von Chávez mit zwiespältigen Gefühlen kommentiert. Einigkeit bestand darüber, den Ausgang der Wahlen als Warnzeichen für die noch jungen Demokratien der Region zu sehen, sich der sozialen Probleme ernsthaft anzunehmen, da sonst das Risiko bestehe, daß sich die Armen autoritären *Caudillos* und Heilsversprechern zuwenden würden.

Chávez war nach dem gescheiterten Umsturz zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt, von Präsident Caldera jedoch nach seinem Amtsantritt (1994) begnadigt worden. Der ehemalige Kommandant eines Fallschirmjägerbataillons ist eine schillernde Persönlichkeit, die zu widersprüchlichen Interpretationen herausfordert.

Nach dem Wahlsieg vom 6.12.98 wurden Vergleiche hergestellt mit Alberto Fujimori wegen der Chávez unterstellten autoritären Neigungen und dem gescheiterten Staatsstreich von 1992, mit dem bolivianischen Ex-Diktator Hugo Banzer, der 1997 gleichfalls über Wahlen an die Macht gelangt war, und – vielleicht am zutreffendsten – mit dem charismatischen panamaischen General Omar Torrijos, der 1981 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen war.

Richtig am Vergleich mit Fujimori ist, daß der Aufstieg von Chávez vor allem durch das Versagen der traditionellen politischen Führungsschicht zu erklären ist. Ähnlich wie 1990 in Peru, als mit Alberto Fujimori und Mario Vargas Llosa zwei Unabhängige das Rennen um die Präsidentschaft unter sich ausmachten, gehörten auch in Venezuela die beiden Hauptkandidaten – Hugo Chávez und Henrique Salas Römer –, und die Drittplatzierte, Irene Sáez, keiner der Traditionsparteien an.

In seiner wöchentlichen Kolumne in "El Nuevo Herald" hat der argentinische Journalist Andrés Oppenheimer am 7.12.1998 den Wahlsieger als einen "pragmatischen Autokraten, der demokratisch gewählt wurde", charakterisiert. Analysiert man die öffentlichen Aussagen von Chávez nach der Wahl, so scheint diese Beschreibung zutreffend zu sein. Je nachdem, welcher der beiden Charakterzüge sich durchsetzt – der Pragmatismus oder

die autoritäre Grundeinstellung –, kann die venezolanische Politik einen sehr unterschiedlichen Verlauf nehmen.

Chávez, ein großer Baseballfan, der in seiner Freizeit malt und Gedichte verfaßt, verfügt über einen Magister-Grad in Politischer Wissenschaft. Er selbst hatte kurz vor den Wahlen erklärt, weder ein neuer Fidel Castro oder ein zweiter Salvador Allende, noch ein Gesinnungsbruder eines Augusto Pinochet oder Francisco Franco zu sein. Spekulationen, er sei mit Castro befreundet und liebäugle mit dessen Sozialismusvariante, wies er entschieden zurück. Eher sei er ein Anhänger des "dritten Weges" von Tony Blair in Großbritannien. Jedoch lud er den kubanischen Staatschef zu seiner Amtseinführung ein.

Nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis hatte Hugo Chávez schnell politische Ambitionen angemeldet und 1997 mit dem *Movimiento V República* (MVR) eine eigene Partei gegründet, die er ein Jahr später zum *Polo Patriótico* (PP) – einem Bündnis von 13 Parteien – erweiterte. Das lockere Wahlbündnis reicht von einer Partei mit Beobachterstatus in der Sozialistischen Internationale, dem *Movimiento al Socialismo* (MAS), einer der Befreiungstheologie nahestehenden Partei *Patria por Todos* (PPT), der kommunistischen Partei Venezuelas, Mittelstands- und Agrargruppierungen bis zum bolivarianisch-nationalistischen MVR mit paramilitärischen Organisationsformen. Von Gewicht sind lediglich MAS, PPT und MVR.

Im Wahlkampf hatte sich Chávez als "Kämpfer für die Freiheit, die Liebe und das Vaterland" ausgegeben. In seinem Parteiprogramm sprach er sich für eine partizipative Demokratie und einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz aus, versprach eine Vertiefung des Dezentalisierungsprozesses und die Stärkung einer unabhängigen Justiz. Den Justizapparat wollte er von korrupten Richtern und Seilschaften säubern. Zentrale Punkte seines Wahlprogramms waren die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung mit dem Ziel einer grundlegenden Reform des politischen Systems, der Kampf gegen Klientelismus, Korruption und Steuerhinterziehung, eine drastische Verschlinkung der staatlichen Verwaltung, Anreize für aus-

ländische Direktinvestitionen und eine Umstrukturierung des Schuldendienstes.

Die anderen Kandidaten

Wichtigster Gegenkandidat war der 60jährige Ökonom **Henrique Salas Römer**, mit seinem Wahlbündnis "*Proyecto Venezuela*". Salas hatte an der Yale-Universität studiert, war Professor für Finanzwissenschaft gewesen und lange Zeit in der Privatwirtschaft und in Unternehmerverbänden tätig. Seine politische Karriere begann er 1983 als Abgeordneter der Christdemokraten (COPEI) von Carabobo im nationalen Parlament. 1989 war er der erste direkt gewählte Gouverneur dieses Bundesstaates und wurde 1992 mit 73% der Stimmen wiedergewählt. In den Umfragen hatte er sich in der Endphase des Wahlkampfes als stärkster Konkurrent für Hugo Chávez profiliert. Er galt als seriöser (wenn auch mitunter arroganter) Macher und Vertreter des Establishments, jedoch als offen für soziale und politische Reformen.

Irene Sáez Conde, Miss Universum 1981, erwarb 1989 an der Zentraluniversität in Caracas den Magister-Grad in Politikwissenschaft und war als Kulturattachée an der venezolanischen Botschaft in New York tätig. 1992 wurde sie zur Bürgermeisterin des Nobelviertels Chacao in Caracas gewählt, ein Amt, das sie dank ihrer erfolgreichen Amtsführung noch heute innehat. Lag sie in der ersten Phase des Wahlkampfes noch mit über 50% weit vorne in der Gunst des Wahlvolks, so begann der kontinuierliche Abstieg in ihren Zustimmungswerten, sobald sie von den Christdemokraten unterstützt wurde. Wenige Tage vor der Präsidentschaftswahl entzog ihr die Partei das Mandat, um sich mit den Sozialdemokraten (AD) auf eine Wahlempfehlung zugunsten von Salas Römer zu verständigen.

Die sozialdemokratische *Acción Democrática* (AD) hatte mit dem 76jährigen Generalsekretär, **Luis Alfaro Ucero**, einen ihrer traditionellen Parteiführer ins Rennen geschickt. Sein Erscheinungsbild in der Wahlkampagne war ausgesprochen farblos, sein Prestige angesichts der Ineffizienz und der klientelistischen Machenschaften der AD auf dem Nullpunkt. Dies und die Stimmenverluste

der AD bei den Parlamentswahlen vom 8. November veranlaßten die Parteiführung, ihm das Vertrauen zu entziehen und ihren Gefolgsleuten die Wahl von Salas Römer zu empfehlen. Da Alfaro sich weigerte, seine Kandidatur zurückzuziehen, wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Mit 0,4% der Stimmen landete er schließlich weit abgeschlagen.

Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 6. Dezember 1998	
Wahlbeteiligung	63,8%
ungültige Stimmen	6,4%
Stimmenverteilung	
Hugo Chávez	56,2%
Henrique Salas Römer	40,0%
Irene Sáez Conde	2,8%
Luis Alfaro Ucero	0,4%
Sonstige	0,6%

Vorspiel zum politischen Machtwechsel

Ursprünglich sollten die Präsidentschafts-, Parlaments-, Gouverneurs-/Landtags- und Kommunalwahlen zum gleichen Wahltermin durchgeführt werden. Aus wahltaktischen Gründen setzten die beiden Traditionsparteien wenige Monate vor den Wahlen mit ihrer Parlamentsmehrheit eine Aufspaltung der Wahltermine durch. Die Parlaments- und Gouverneurswahlen wurden auf den 8. November vorgezogen. AD und COPEI spekulierten darauf, daß der noch schwache organisatorische Unterbau der Bewegung Chávez ein schlechtes Wahlergebnis bescheren würde – mit negativen Konsequenzen für seine Ambitionen bei den nachfolgenden Präsidentschaftswahlen.

Eindeutiger Wahlsieger bei den Kongreß- und Regionalwahlen war die Koalition von Hugo Chávez. Seine eigene Bewegung MVR errang auf Anhieb 20% der Stimmen. Die Zahl der Parteien im Kongreß erhöhte sich von fünf auf zehn. Die Wahlbeteiligung war mit 54% höher als bei den letzten Kongreß-/Regionalwahlen (45%).

Sozialdemokraten und Christdemokraten, die das Land 40 Jahre dominiert hatten, erhielten einen Denkkzettel für jahrzehntelange

Mißwirtschaft und Korruption. Die AD mußte als mit 24% der Stimmen weiterhin stärkste Partei zwar in den städtischen Regionen Stimmenverluste hinnehmen, konnte aber die Zahl ihrer Mandate im Parlament erhöhen. Dagegen halbierte sich die Zahl der Senatoren und Abgeordneten von COPEI (12%).

Ein besseres Ergebnis erzielten die beiden etablierten Parteien bei den Gouverneurswahlen, zusammen kontrollieren sie 13 der 23 Gliedstaaten. Doch auch dort mußten sie Verluste hinnehmen: Die AD stellt jetzt nur noch acht von bisher elf Gouverneuren, COPEI gewann fünf Gouverneursposten und unterstützte in drei weiteren Gliedstaaten siegreiche Wahlbündnisse. Kennzeichnend für die Gouverneurswahlen war eine hohe Wiederwahlquote (18 von 23 Gouverneuren). Dies ist ein Indikator für die Bedeutung regionaler Faktoren und der Persönlichkeit der Kandidaten, die in einigen Fällen sogar von der nationalen Politik abweichende Wahlbündnisse anführten.

Trotz seines doppelten Wahlsieges war Hugo Chávez hinter seinen eigenen Erwartungen zurückgeblieben. Sein Wahlbündnis PP hatte in beiden Kammern mit der absoluten Mehrheit gerechnet, dann aber lediglich eine relative Mehrheit von 37% der Sitze gewonnen.

Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus und im Senat		
	Abgeordnetenhaus	Senat
AD	62	19
MVR	46	12
COPEI	27	7
Proyecto		
Venezuela	20	1
MAS	18	5
Causa R	5	0
PPT	6	1
Convergencia	3	2
Apertura	1	1
Sonstige	1	0
Gesamt	189	48

Quelle: CNE

Aussichten und Herausforderungen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik

Entgegen dem Trend im übrigen Lateinamerika fiel die wirtschaftliche Erholung in Venezuela in den 90er Jahren im Vergleich zu den 80er Jahren deutlich bescheidener aus. Das vormals so reiche Venezuela hat in Lateinamerika relativ an wirtschaftlichem Gewicht verloren. Nach den Statistiken der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) ging das venezolanische BIP 1981-1990 im Jahresdurchschnitt um 0,7% zurück, pro Kopf der Bevölkerung waren es sogar 3,2%. In den 90er Jahren (1991-1998) wuchs das BIP im Jahresdurchschnitt um 2,3%; aufgrund des Bevölkerungswachstums stagnierte das Pro-Kopf-Einkommen. Im zurückliegenden Jahr 1998 dürfte das BIP um ca. 1% geschrumpft sein.

Wachstumsraten des BIP 1991-1998						
1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997 1998*
9,4	6,4	-0,2	-3,0	3,1	-1,3	5,1 -1,0

*vorläufige Werte

Quelle: CEPAL

Im Gegensatz zu den meisten anderen lateinamerikanischen Volkswirtschaften bleibt die jährliche Inflationsrate zwar hoch, in jüngster Zeit aber mit deutlich abnehmender Tendenz. Mit knapp 30% erreichte die Inflationsrate zum Jahresende 1998 den niedrigsten Stand seit neun Jahren.

Inflationsrate 1991 - 1998						
1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997 1998
31,0	31,9	45,9	70,8	56,6	103,2	37,6 29,9

In den vergangenen Jahren haben sich die sozialen Probleme in Venezuela mit ihren Folgewirkungen – wie einem drastischen Anstieg der Kriminalität – verschärft. Die offizielle Arbeitslosenquote hat sich seit 1995 zwischen 10 und 12% eingependelt. Nach Angaben der CEPAL von 1997 lag der Anteil

der armen Haushalte 1994 bei 42% (1990 34%; 1981 22%), nationale Quellen gehen von einem Anteil von bis zu 80% Armen Mitte der 90er Jahre aus. Mehr als 50% der erwerbstätigen Bevölkerung versucht in der Informalität zu überleben; der Mindestlohn von 100.000 Bolívares (174 US-Dollar) deckt gerade die Hälfte des Mindest-Ernährungsbedarfs ab (alai, 10.12.1998).

Entgegen anders lautender Aussagen im Wahlkampf hat Chávez unmittelbar nach den Wahlen verkündet, er werde den venezolanischen Bolívar nicht abwerten, sondern weiterhin innerhalb einer bestimmten Bandbreite floaten lassen. Mittelfristig wird eine feste Anbindung an den US-Dollar nach argentinischem oder brasilianischem Vorbild angestrebt. Auch das im Wahlkampf angekündigte Schuldenmoratorium wurde widerrufen. Die Auslandsschulden sollen beglichen werden; angestrebt wird allerdings eine Entlastung bei den Zins- und Tilgungszahlungen, die sich auf fast 36% der Regierungsausgaben und rund 18% der Exporterlöse (nur Zinsen) belaufen. Bis zum Jahr 2007 muß die venezolanische Regierung jährlich zwischen US\$ 4 und 5 Mrd. für den Schuldendienst aufwenden, bei einer Gesamtverschuldung von US\$ 31,6 Mrd. (CEPAL). Venezuela ist eines der wenigen lateinamerikanischen Länder, das in den vergangenen Jahren regelmäßig einen massiven negativen Ressourcentransfer zu verzeichnen hatte (seit 1994 jährlich zwischen US\$ 4 und 6 Mrd.; 1998 US\$ 5,7 Mrd.), d.h. der Zufluß von neuem ausländischen Kapital lag deutlich unter den Zins- und Tilgungszahlungen und dem Rücktransfer von Kapital und Gewinnen.

Für 1998 wird mit einem Haushaltsdefizit von US\$ 5 Mrd. (Schätzungen der scheidenden Regierung) bis US\$ 9 Mrd. (Schätzungen des Wirtschaftsteams von Chávez) bzw. zwischen 5% und 9,5% des BIP gerechnet. Für 1999 wird ein Haushaltsdefizit von ca. 8% (des BIP) prognostiziert.

Zur Haushaltssanierung will Chávez eine strikte Sparpolitik betreiben, die öffentliche Verwaltung rationalisieren und die Zahl der Ministerien drastisch reduzieren. Auf der anderen Seite soll das Steueraufkommen erhöht und rigoros gegen Steuerhinterzieher und Korruption vorgegangen werden.

Chávez' Abkehr von radikalen Parolen kommt nicht von ungefähr. Vor dem Hintergrund der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Eckdaten Venezuelas gibt es letztlich keine Alternativen zu einer den engen Handlungsspielraum der Regierung kühl kalkulierenden, pragmatischen Wirtschaftspolitik; oder wie es ein Kommentator vor den Wahlen formulierte: Ein Wahlsieg von Chávez würde Clinton zwar Kopfschmerzen bereiten, es gäbe aber einen Trost: Die augenblicklichen Rohölpreise – die Öleinnahmen tragen ca. 80% zu den venezolanischen Staatseinnahmen bei – würden bei Chávez noch vielmehr Kopfschmerzen hervorrufen (Informe Oppenheimer vom 16.11.1998 in: <http://www.elherald.com>). Auch den ausländischen Anlegern, deren Investitionen sich allein im Erdölsektor auf rd. US\$ 20 Mrd. belaufen, bleibt nichts anderes übrig, als sich mit der neuen Regierung zu arrangieren – dies nicht zuletzt wegen der beträchtlichen Erdölreserven des Landes. Aus der Sicht externer Wirtschaftsexperten wird gleichwohl ein Kurswechsel im Erdölsektor erwartet. So dürfte sich die neue Regierung im Rahmen der OPEC eher zu Produktionskürzungen entschließen. Statt weiterer staatlicher Investitionen in die Branche wird mit einem Transfer von Gewinnen der staatlichen Mineralölgesellschaft PDVSA zur Subventionierung anderer Wirtschaftszweige oder der Sozialtats gerechnet.

Die venezolanische Börse reagierte auf den Wahlsieg und die nachfolgenden öffentlichen Erklärungen von Chávez zunächst außerordentlich positiv: Nach dem Bankfeiertag am Montag stiegen die Aktienkurse in zwei Tagen um 45%, um danach wieder an Wert zu verlieren, als die Spekulationsgewinne eingestrichen wurden. Insgesamt lag der venezolanische Börsenindex (IBVC) zum Jahresende 1998 mit 4763,47 Punkten um 45% unter dem Wert vom 31.12.1997, hatte sich aber vom Tiefststand am 10.9.1998 (2.694,70) wieder erholt.

Die außenpolitische Ausrichtung

In den Erklärungen von Chávez nach dem Wahlsieg zeichnen sich folgende außenpolitische Schwerpunkte ab:

- Dem Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Kolumbien wird höchste Priorität eingeräumt. Die Bestrebungen zu einer friedlichen Regelung des Grenzverlaufs im Golf von Venezuela sollen fortgesetzt werden.
- Der zukünftige venezolanische Präsident ist sich der zentralen Bedeutung der USA bewußt und hat eindeutig sein Interesse an guten Beziehungen mit den USA bekundet. Immerhin ist Venezuela mit einem Anteil von 17% der wichtigste Erdöllieferant der USA. Folgerichtig hat auch die US-Regierung nach dem Wahlsieg umgehend positive Signale an den neuen Präsidenten ausgesandt und klargestellt, daß er zukünftig ohne Probleme in die USA einreisen könne. 1997 war ihm zweimal das Visum für eine Einreise verweigert worden. Zugleich erfolgten aber auch deutliche Hinweise, daß ein Abweichen vom demokratischen Weg oder dem wirtschaftspolitischen Leitmodell ernste Konsequenzen haben werde (vgl. *"A Cloud over U.S.-Venezuela Relations"* in: "International Herald Tribune" Internetausgabe vom 11.10.1998 <http://www.ihf.com>). Ende Januar wird Chávez mit Präsident Clinton zusammentreffen.
- Venezuela strebt eine engere Anbindung an den MERCOSUR an. Als wichtigster Gesprächspartner wird dabei Brasilien angesehen, das der designierte Präsident als erstes Land nach seinem Wahlsieg besuchte. Weitere Reisen führten ihn nach Argentinien, Kolumbien und Mexiko, mit dem vorrangigen Ziel, um Vertrauen für seine Person zu werben. Mittelfristig könnte sich ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen den bilateralen Initiativen Venezuelas und den Verhandlungen der *Comunidad Andina* mit dem MERCOSUR ergeben.
- Auch die Beziehungen zur EU sollen ausgebaut werden, wobei Spanien als wichtigster Partner angesehen wird. Mitte Januar besuchte Chávez Spanien, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland, wo er Gespräche mit Politikern und Unternehmern führte.

Innenpolitisches Konfliktpotential

"Die Verfassungsgebende Versammlung ist der Weg, um die Revolution in Venezuela zu vollbringen", hatte der Wahlsieger erklärt. Aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse wird es aber schwierig sein, verfassungskonform eine solche Versammlung einzuberufen.

Jenseits eher konjunktureller, neopopulistischer Bestrebungen geht es bei der aktuellen Diskussion um eine Verfassungsreform vor allem um die Neuverteilung politischer Macht. AD und COPEI bestehen vor der Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung auf einer diese legalisierenden Verfassungsreform durch den Kongreß, wo sie über eine starke Position verfügen. Chávez denunziert dies als "absurden Legalismus", beruft sich auf das Mandat, das ihm die Wähler verliehen haben, und fordert über ein Plebiszit die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, die den neu gewählten Kongreß entmachten oder gar ersetzen würde. Er und seine Anhänger berufen sich dabei sogar auf das in Art. 4 der Verfassung verankerte Prinzip der Volkssouveränität mit dem Argument, "das Volk" habe seinen Willen im Wahlakt vom 6. Dezember klar in Richtung eines profunden politischen Wandels zum Ausdruck gebracht.

Bereits vor der konstituierenden Sitzung am 23. Januar 1999 übte Chávez Druck auf den zukünftigen Kongreß aus. Bis zum 15. Februar gab er den Abgeordneten und Senatoren Zeit, zu einer konsensualen Einigung über die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung zu gelangen. An diesem Tag will der Präsident per Dekret zu einem Referendum aufrufen (parallel dazu läuft eine Unterschriftenkampagne), das Mitte April abgehalten werden soll, um dann im Mai die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung durchzuführen.

Venezuela steht ein turbulentes politisches Jahr bevor, und es stellt sich die Frage, ob genügend Zeit für die Lösung der dringenden wirtschaftlichen und politischen Probleme bleibt. Chávez riskantes politisches Reformprojekt ist ein Beweis dafür, daß einmal mehr in einem lateinamerikanischen Land dem Glauben an die Allmacht von Verfassungsreformen gehuldigt wird. Dabei war es in der Vergangenheit nicht der Mangel an Verfas-

sungen oder Verfassungsnormen, sondern ihre ungenügende Ausfüllung und Respektierung, die zu den politischen Krisensymptomen führten. In Venezuela gibt es bereits seit Mitte der 80er Jahre eine präsidentielle Staatsreformkommission, die einige wichtige Reformen (z.B. im Bereich der Dezentralisierung und der Justizreform) eingeleitet hat. Es besteht das Risiko, daß die Bevölkerung durch das Spektakel einer Verfassungsgebenden Versammlung eine Zeitlang politisch in den Bann gezogen, letztlich aber enttäuscht wird, da sich durch deren Arbeit ihre soziale Situation nicht verbessert.

Es gehört zu den politischen Grunddefekten Lateinamerikas, daß die Verfassung und das Prinzip der Gewaltenteilung bzw. -kontrolle nur unzureichend befolgt werden. Dies gilt auch für Venezuela. Es stimmt bedenklich, daß dieser Defekt auf eine rechtlich fragwürdige Weise behoben werden soll. Es zeichnet sich ein Regierungsstil ab, der plebiszitäre Elemente auf Kosten der normalen Gesetzgebungsverfahren und rechtlichen Normen privilegiert.

Mögliche Lehren und Szenarien

Welche Lehren lassen sich aus der Wahl von Hugo Chávez in Venezuela ziehen, welche Entwicklungen zeichnen sich ab ?

(1) Das Wahlergebnis ist ein deutliches Warnzeichen an die politischen Führungsschichten in Lateinamerika, daß vor dem Hintergrund wachsender sozialer Ungleichheit und der Verelendung breiter Bevölkerungssegmente politische *Caudillos* und Außenseiter gute Chancen haben, sich gegen das politische Establishment in den betreffenden Ländern durchzusetzen. Auch Traditionsparteien mit einer starken Verankerung in der Bevölkerung sind nicht gegen die Erosion politischer Bindungen und einen radikalen parteipolitischen Umbruch geschützt. Der langfristigen Stabilität der Demokratie ist es allerdings abträglich, wenn die politischen Vermittlungsstrukturen zwischen Staat und Gesellschaft auf Dauer geschwächt werden.

(2) Der Wahlsieg von Chávez markiert den vorläufigen Endpunkt einer Entwicklung, die Anfang der 90er Jahre einsetzte und durch

die das politische Oligopol der beiden venezolanischen Traditionsparteien AD und COPEI aufgebrochen wurde. Schon der Wahlsieg von Caldera 1994 (mit ca. 30% der Stimmen) als Anti-System-Kandidat gegen die Kandidaten von AD und COPEI markierte den zukünftigen Trend. Die Tatsache, daß beide Parteien 1998 am Ende auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten verzichteten, illustriert ihren Machtverlust bereits vor der Wählerentscheidung.

(3) Das venezolanische Zweiparteiensystem gehört endgültig der Vergangenheit an. Welche Form das zukünftige Parteiensystem nehmen wird, ist noch nicht abzusehen. Sicherlich werden die beiden Traditionsparteien in verkleinerter Form überleben, wobei die Aussichten der AD wesentlich besser einzuschätzen sind als die der COPEI. Das schwache Abschneiden von neuen Gruppierungen (Causa R, Convergencia), die bei den letzten Parlamentswahlen (1993) noch als Hoffnungsträger gehandelt wurden, dokumentiert die Volatilität der Wählerschaft. Dies erschwert Prognosen über die zukünftige Konfiguration des venezolanischen Parteiensystems.

(4) Es ist nicht auszuschließen, daß Chávez in anderen lateinamerikanischen Ländern Nachahmer findet. Manch ein Offizier wird die Verlockung verspüren, sein Glück in der Politik zu versuchen. Für Unruhe sorgte kurz vor Weihnachten die Nachricht, daß protestierende Offiziere in Mexiko forderten, man möge ihnen die Ausreise nach Venezuela erlauben, um einer Bestrafung zu entgehen. Sollte sich hier ein "neues Mekka für rebellierende Militärs" auftun (so ein Kommentar in "El Nuevo Herald" vom 21. Dezember 1998)?

(5) Die ersten Erklärungen und Handlungen von Chávez nach den Wahlen illustrieren, daß der Prozeß der Globalisierung den Handlungsspielraum für nationale Sonderwege drastisch eingeschränkt hat. Dies hatte bereits sein Vorgänger Caldera, der mit einer populistischen Wahlkampfplattform angetreten war, relativ schnell feststellen müssen. Den extern vorgegebenen Restriktionen müssen selbst politische *Caudillos*, wenn sie rational handeln und/oder ihrem Machterhaltungsinstinkt folgen, Rechnung tragen. Zu-

gleich besteht im internationalen Umfeld eine gewisse Toleranz gegenüber politischen Außenseitern, soweit sie demokratischen Mindeststandards Rechnung tragen und sich an den Spielregeln der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ausrichten. Insofern spricht vieles gegen einen radikalen wirtschaftspolitischen Wechsel und für ein Überwiegen von Elementen der Kontinuität. Möglicherweise kann Chávez Reformen anstoßen (z.B. im öffentlichen Dienst und in der Justiz), zu denen die verkrusteten Traditionsparteien nicht in der Lage waren. Vieles wird davon abhängen, auf welche Kompromißlinie sich die Kräfte der Beharrung und der Veränderung einigen können und inwieweit eine dauerhafte politische Polarisierung und Blockadepolitik zwischen COPEI und AD auf der einen Seite und dem *Polo Patriótico* auf der anderen Seite vermieden werden können. Sonst wächst das Risiko, daß Maßnahmen am Rande oder außerhalb von Gesetz und Verfassung ergriffen werden.

(6) Große Bedeutung kommt auch den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für soziale Reformen zu. Der wirtschafts- und sozialpolitische Handlungsspielraum hängt einerseits von der Bereitschaft der neuen Regierung ab, rasch auch unpopuläre Maßnahmen – wie z.B. einen Abbau des Haushaltsdefizits und eine Entschlackung der staatlichen Verwaltung – vorzunehmen. Andererseits kommt externen Faktoren, wie der Bereitschaft der Gläubiger zu Umschuldungsmaßnahmen und nicht zuletzt der Entwicklung der globalen Finanzkrise (Stichwort: Brasilien) und des Ölpreises, entscheidende Bedeutung zu. Ein Andauern der wirtschaftlichen Krise und ein Ausbleiben materieller Verbesserungen für die Unterschichten

könnten eine Radikalisierung der Politik fördern.

Drei mögliche Szenarien zeichnen sich für 1999 ab:

Biographie und Persönlichkeitsprofil des neuen Präsidenten, entsprechende Drohungen während des Wahlkampfes sowie Zweifel an der Regierungs- und Durchsetzungsfähigkeit des Ex-Putschisten angesichts gravierender wirtschaftlicher Probleme und des politischen Widerstands der Opposition nähren Spekulationen, die ein **worst case-Szenario** prognostizieren, konkret: einen präventiven Staatsstreich (nach dem Muster von Fujimori in Peru) – mit unabsehbaren politischen und sozialen Konsequenzen.

Optimistischere Einschätzungen gehen davon aus, daß angesichts des aufgestauten Problembelags und internationalen Drucks in Richtung verfassungskonformer Lösungen zwischen Regierung und Opposition für berechnete Anliegen **Verhandlungslösungen** gefunden werden, die es beiden Seiten erlauben, ihr Gesicht zu wahren, zugleich aber auch den von der Bevölkerung gewünschten Reformprozeß einleiten.

Ein drittes Szenario besagt, daß die parlamentarische Opposition der Chávez-Regierung ihre Unterstützung bei der Bewältigung der anstehenden Probleme verweigert, Chávez jedoch einen Staatsstreich nicht riskieren will oder kann – infolge massiven Drucks aus dem Ausland, insbesondere aus den USA, oder weil das Militär ihm die Gefolgschaft versagt. Die Regierung müßte dann ihr Scheitern eingestehen, die Opposition wäre aber zu schwach und diskreditiert, um daraus politisches Kapital schlagen zu können. Als Folge dieses **Frühinfarkt-Szenarios** droht die soziale und politische Situation außer Kontrolle zu geraten.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Internet-Recherche: Gemma Ponsa; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/iik>